



Bericht und Beschlussempfehlung

des Sozialausschusses

Gemeinsam gegen Kinderarmut

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/672

Der Sozialausschuss hat den ihm durch Plenarbeschluss vom 23. März 2006 überwiesenen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Gemeinsam gegen Kinderarmut“ in zwei Sitzungen, zuletzt am 18. Mai 2006, beraten.

Er empfiehlt dem Landtag einstimmig die Annahme des Antrags in der unten stehenden Fassung:

„Wir wollen die Kinderarmut in Schleswig-Holstein aktiv bekämpfen. Die Betreuung von Kindern wird bedarfsgerecht fortentwickelt. Familiengerechte Lebensbedingungen werden geschaffen. Der Gewalt unter Kindern und Jugendlichen sowie in Familien wollen wir mit einem niedrighschwelligem Netz von Hilfsangeboten begegnen.“

Der Landtag sieht nachstehende Maßnahmen als besonders geeignet an, die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Landes- und Bundesebene sowie in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den freien Trägern eine Umsetzung dieser Maßnahmen voranzutreiben:

- Die Einrichtung ‚Lokaler Bündnisse für Familien‘ wird aktiv unterstützt. Die positiven Erfahrungen auf kommunaler Ebene sollen von der Landesregierung landesweit kommuniziert werden. Der Sozialausschuss verpflichtet sich, die lokalen Bündnisse in Schleswig-Holstein in dieser Wahlperiode anzuhören.
- Der Fortbestand der Familienbildungsstätten wird gesichert und die generationsübergreifende Familienbildung weiterentwickelt und gestärkt.
- Beratungs- und Hilfsangebote gilt es fortzuentwickeln, dabei ist das Angebot der Elternschulung und Beratung auszubauen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass für Kinder und Jugendliche mit besonderem erzieherischem Bedarf schulische Hilfen zur Verfügung stehen.

- Einrichtung kommunaler Netzwerke zwischen Gesundheitsvorsorge, Jugendhilfe/-arbeit, Sozialfürsorge, Kindertagesbetreuung, Schule, Kinderschutz, Beratungsstellen. Die Kommunen und die freien Träger vor Ort werden aufgefordert, diese Vernetzung im Rahmen des von der Landesregierung vorgestellten Kinder- und Jugend-Aktionsplans zu leisten und dabei die Fördermöglichkeiten des Landes in Anspruch zu nehmen.
- Bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuungsangebote für alle Altersstufen. Trotz der dramatischen Haushaltslage halten wir an dem Ziel fest, durch Einsparungen und Umschichtungen mittelfristig zu einem beitragsfreien letzten Kindergartenjahr zu kommen.
- Schuldnerkarrieren müssen frühzeitig verhindert werden. Daher gilt es, die Schuldnerberatungsstellen zu unterstützen.
- Bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagsschulangeboten.
- Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und Förderungsmaßnahmen für Kinder. Die Kommunen und die freien Träger vor Ort werden aufgefordert, diese Vernetzung im Rahmen des von der Landesregierung vorgestellten Kinder- und Jugend-Aktionsplans zu leisten und dabei die Fördermöglichkeiten des Landes in Anspruch zu nehmen.
- Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern durch kontinuierliche niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote, wie zum Beispiel Familienhebammen. Wir halten das in der Stadt Flensburg praktizierte ‚Schutzengel-Projekt‘ für vorbildlich.
- Die landesweiten Kinder-, Jugend- und Elterntelefone leisten ein unverzichtbares niedrigschwelliges Beratungsangebot auf ehrenamtlicher Basis. Hinzu kommen Angebote der Mittagsverpflegung und Schularbeitenhilfe (so genannte pädagogische Mittagstische). Diese Angebote werden nach Kräften unterstützt.
- Die Kinderschutzzentren in Kiel, Lübeck und an der Westküste müssen genauso wie die Zufluchtsstätte für Mädchen erhalten bleiben. Die Fachberatungsstellen für Kinder, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind, gilt es, gemeinsam mit den Kommunen abzusichern.
- Umsetzung einer nachhaltigen Sprachförderung und Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für Kinder mit Migrationshintergrund und Sprachdefiziten.
- Vorbehaltlose Ratifizierung und Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland.“

Siegrid Tenor-Alschausky
Vorsitzende